

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Grundlage eines demokratischen Gemeinwesens ist der mündige Bürger, der frei entscheiden kann. Die Ampelkoalition aber pflegt zunehmend das Bild vom Bürger am Gängelband ihrer Politik. Der jüngste Einfall dazu ist die Gründung eines Bürgerrates Ernährung, der klären soll, inwieweit der Staat regulierend auf die Ernährung und den Lebensstil des Einzelnen Einfluss nehmen soll. Rot-Grün-Gelb will den Speiseplan vorgeben. Deutschland ist Rot-Grün-Gelb geradewegs auf dem Weg in den Bevormundungsstaat. Das ist unerträglich. Wir brauchen keine Super-Nannys. Unterdessen bleibt die Habeck/Graichen-Affäre im Bundeswirtschaftsministerium weiter unaufgeklärt. Die Ampelkoalition möchte am liebsten alles unter dem Deckel halten, verhinderte in dieser Woche eine öffentliche Befragung von Wirtschaftsminister Robert Habeck und seinem Staatssekretär Patrick Graichen im Wirtschaftsausschuss.

In einer Aktuellen Stunde des Bundestages griffen Ampelredner CDU und CSU an, weil sie Aufklärung verlangen, stellten sie gar auf eine

Stufe mit der AfD. Die Angst nach Cum/Ex-Kanzler Scholz einen weiteren Skandalfall im Kabinett zu haben, muss groß sein. Habeck und Graichen präsentierten sich in Verdrehung der Tatsachen als Opfer. Dabei ist längst klar: die Affäre um die Besetzung eines Spitzenposten ist nur die Spitze des Eisbergs. Inzwischen spielen auch Finanzströme im grünen Umfeld eine Rolle und andere Personalien. Unter Habeck ist aus dem Wirtschaftsministerium ein Ministerium für Vetternwirtschaft geworden. Der grüne Sumpf um Habeck und Graichen muss aufgeklärt und ausgetrocknet werden.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sucht immer noch nach Wegen, wie er die aus dem Ruder laufenden Gesundheits- und Pflegekosten in den Griff bekommt. Die Versicherten und Arbeitgeber könnte das teuer zu stehen kommen. Wie jetzt in Berlin durchsickerte, setzen Teile der Ampelkoalition statt auf Reformen auf ein Drehen an der Beitragsschraube - mit einer drastischen Anhebung der Versicherungspflichtgrenze. Es drohen neue Belastungen für Arbeitnehmer, Rentner und Wirtschaft.

Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Freude beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

CDU und CSU fordern Ende des Wärmepumpen-Chaos



CDU und CSU haben in dieser Woche einen 10-Punkte-Programm für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung in den Bundestag eingebracht. Das anhaltende Ampel-Chaos in Sachen Wärmewende muss beendet werden. Es verunsichert Hauseigentümer und Mieter, Handwerker, Industrie und Wohnungs- und Baubranche. Es müssen endlich tragfähige Lösungen her.

Die Union setzt mit ihrem Programm auf Fordern und Fördern statt auf Verbieten und Verordnen. Sie plädiert für echte Technologieoffenheit statt einseitiger Fixierung auf die Wärmepumpe, für die kostengünstigsten Lösungen und realistische Übergangsfristen, belastbare Härtefallregelungen, nachvollziehbare Ausnahmen und eine verlässliche und angemessene Umstiegsförderung.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte mehr als ein Jahr Zeit, um ein tragfähiges Konzept für die sogenannten Wärmewende vorzulegen. Statt Lösungen sieht das neue Gebäudeenergiegesetz vor allem neue Hürden für viele klimafreundliche Technologien vor. Die Nutzung von Biomasse im Neubau wird verboten. Für Wärmenetze und wasserstoffbetriebene Heizungen werden immer höhere Auflagen aufgebaut. Vielen Eigenheimbesitzern droht die finanzielle Überlastung und damit am Ende der Verlust der

eigenen vier Wände. Mieter müssen mit satten Mieterhöhungen rechnen.



Sebastian Brehm:

„Klimaschutz kann nur mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gelingen. Wir brauchen Lösungen, die den

Gebäudesektor insgesamt in den Blick nehmen, das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger respektieren, die technische Machbarkeit berücksichtigen und soziale Härten vermeiden. Klimaschutz darf nicht dazu führen, dass Menschen ihr Eigenheim verkaufen müssen oder ihre Wohnung verlieren. Klimaschutz muss bezahlbar bleiben.“

Ampel soll Modernisierung des Schienenverkehrs angehen



Im Dezember vergangenen Jahres überreichte die Beschleunigungskommission Schiene dem Bundesverkehrsministerium einen 123 Seiten starken Bericht mit notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung des Schienenverkehrs. Einige Maßnahmen hielt die Kommission für so dringlich, dass sie eigentlich schon im ersten Quartal dieses Jahres hätten starten sollen. Doch im Ressort von FDP-Verkehrsminister Volker Wissing herrscht Schweigen.

CDU und CSU wollen dem Minister jetzt Beine machen. Die Fraktion brachte in dieser Woche

einen Antrag in den Bundestag ein, in dem die Bundesregierung zur zügigen Umsetzung des Abschlussberichts der Kommission aufgefordert wird. Dabei geht es u.a. um Maßnahmen für die bessere Auslastung des vorhandenen Netzes und den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecken sowie gesetzliche Erleichterungen von Planungs- und Genehmigungsverfahren und gesetzliche Vorgaben zur Beschleunigung der Digitalisierungs- und Elektrifizierungsprozesse im Eisenbahnnetz. Hinzukommen fast 90 kleine und mittlere Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit des Schienennetzes auch im Regionalverkehr verbessern können.



Sebastian Brehm: „Auch bei der Verbesserung des Schienenverkehrs gilt das rot-grün-gelbe Prinzip ,viel reden, wenig tun. Das bringt uns nicht weiter.“

Derzeit profitiert die Ampel noch von den Maßnahmen, die CSU-Verkehrsminister Andreas Scheuer auf den Weg gebracht hat. Aber was kommt danach?“

Wasserstoff - Energie der Zukunft



Die Unionsfraktion hat die Ampelregierung jetzt aufgefordert, schnellstmöglich die Weichen für eine leistungsfähige Wasserstoffherzeugung und -versorgung zu stellen. Dabei geht es auch darum, ganz Deutschland von Beginn an in die Wasserstoff-Infrastruktur einzubeziehen und diese europäisch zu vernetzen.

Erzeugung und Importe von Wasserstoff müssen nach Ansicht von CDU und CSU zwar emissionsfrei bzw. -arm sein, aber nicht von Beginn an ausschließlich „grün“. Auch warnt die Union davor, Anwendungsfelder für Wasserstoff politisch festzulegen. Die Anwendung muss sich vielmehr aus der Marktdynamik ergeben, um falsche Weichenstellungen zu verhindern.

Sebastian Brehm: „Die vorherige unionsgeführte Bundesregierung hat 2020 die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die auch international weithin für Anerkennung gesorgt hat. Die Ampelkoalition aber zögert. Ihre Minister reisen durch die Welt auf der Suche nach Wasserstoff, bringen aber keine Ergebnisse mit. Teile der Koalition verlangen zudem, dass nur ‚grüner‘ Wasserstoff zum Einsatz kommen darf. Damit droht Deutschland international den technologischen Anschluss zu verlieren.“

Tag der offenen Tür im Knoblauchsland



Am Tag der offenen Tür konnten sich Besucher in den Agrarbetrieben des Nürnberger Knoblauchslandes über den dortigen Gemüseanbau informieren. Für mich ein guter Anlass, den Betrieben für die zuverlässige Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger mit

frischen und gesunden Lebensmitteln zu danken. Als örtlicher Bundestagsabgeordneter setze ich mich in meiner täglichen Arbeit in Berlin für mehr Wertschätzung unserer Landwirte ein und kämpfe für eine pragmatische Gesetzgebung, ohne neue übermäßige Belastungen für unsere Landwirtschaft.

Besuch der Rumänisch-Orthodoxen Kirche



Die Rumänisch-Orthodoxe Kirche ist mit etwa 17 Millionen Mitgliedern weltweit eine der größten orthodoxen Kirchen. Die Metropolie - also Kirchenprovinz - für Deutschland, Zentral- und Mitteleuropa hat ihren Sitz seit 2006 in der wunderschönen Metropolitan-Kathedrale in

Nürnberg. Auf Einladung seiner Eminenz, des Erzbischofs und Metropoliten Serafim Joantă besuchten mein Bundestagskollege Michael Frieser und ich die Kathedrale in der Fürther Straße. Dabei sprachen wir auch über die Anliegen der Gläubigen in Nürnberg und Deutschland. Herzlichen Dank für das offene und interessante Gespräch und die Gastfreundschaft.

Im Gespräch mit Zehntklässlern



Eine lebhafte und interessante Diskussion mit Schülern der zehnten Klassen habe ich gerne am Neuen Gymnasium Nürnberg geführt. Es war ein spannender Austausch über viele Themen. Mir liegt der Meinungs-austausch mit der jungen Generation besonders am Herzen. Gerne besuche ich daher regelmäßig Schulen in meinem Wahlkreis, informiere über meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter und stelle mich den Fragen der Schülerinnen und Schüler.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.